

Freie Jugendarbeit in Gefahr

Odenwälder Bote
24.06.2014

(bern) Demonstriert wird in Groß-Umstadt eher selten, am Samstagvormittag gab es eine dieser raren Veranstaltungen zu sehen. Der Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) hatte zur Demonstration aufgerufen. Grund, die freien Jugendinitiativen sind aufgefordert, für ihre Nutzung von Räumen im Jugendzentrum Miete zu zahlen. „Mich empört, dass wir als freie Jugendgruppen die städtische Jugendarbeit finanzieren sollen“, sagt Aljoscha Hess von den Pfadfindern. Betroffen sind allerdings nicht nur diese, sondern auch der Tauchsportverein Flinke Flossen, der Luftsportverein und die DLRG.

An der Sparkasse treffen sich rund 50 Demonstranten, neben Jugendlichen auch ein paar Erwachsene, die das Anliegen des BDP unterstützen. Von der Sparkasse führt der Demonstrationzug zum Stein des Anstoßes, dem Jugendzentrum, wo eine Kundgebung stattfindet. Danach ging es weiter in die Stadt, allerdings nicht auf den Marktplatz, der war

den Demonstranten wegen des Wochenmarktes verwehrt worden.

Die Stadt scheint sich selbst nicht so ganz einig zu sein, für was sie den nun Geld verlangen will. „Mal steht in den Schreiben der Stadt Miete, mal Nutzungsentgelt, mal sollen damit Anteile der Nebenkosten gedeckt werden. Wobei ich nicht glaube, dass wir 85 Euro Nebenkosten im Monat produzieren“, sagt Wolfgang Laschka für die Pfadfinder.

Hess ärgert sich über die Doppelgesichtigkeit der Stadt. „Wir werden hoch gelobt, wenn wir zum Beispiel die Stolpersteinverlegung in der Stadt organisieren. Dann soll die Stadt aber auch verstehen, dass wir unsere Gelder nicht in Miete stecken wollen, sondern in solche Aktionen, damit wir auch weiter unsere Arbeit machen können“, so Hess, „wir bekommen schon den Zuschuss von 1.000 Euro pro Jahr nicht mehr, seitdem der Stadtjugendring nicht mehr existiert. Jetzt sollen wir noch draufzahlen, das ist eine Frechheit.“

Das Problem ist, dass für die Jugendgruppen kaum andere Räume zur Verfügung stehen. „Ich will auch nicht woanders hingehen“, sagt Hess, „denn wofür haben wir hier in Groß-Umstadt ein Jugendzentrum, wenn die Jugendgruppen dann wegen einer Kommerzialisierung ausgelagert werden sollen.“ Als Jugendverband habe man einen gesetzlichen Auftrag und im Kinder- und Jugendhilfegesetz sei festgeschrieben, wie Jugendverbände wie die Pfadfinder zu fördern oder angemessen an den Finanzen für Jugendarbeit zu beteiligen seien.

Bereits als der Zuschuss für die Jugendgruppen gestrichen worden sei, habe man sich gewehrt. Die Begründung der Stadtverordneten, die der Mittelstreichung zustimmten, lautete damals, der Stadtjugendring habe sich aufgelöst. „Dabei wurde nur vergessen, dass die Vereine, die den Stadtjugendring gebildet haben, weiter existieren“, sagt Laschka, „allerdings hat unser Protest damals nichts genutzt.“

Sozialarbeiterin Andrea Balmerth fragt sich, welches Konzept der Jugendarbeit hinter dem Ansinnen der Stadt stehe. Olivia Farruggio ist Mitglied im BDP: „Wir sehen nicht ein, dass wir für die Jugendarbeit Miete bezahlen müssen.“ Farruggio befürchtet, dass die Jugendarbeit des BDP gefährdet ist. „Wir können die 85 Euro nicht aufbringen und wüssten nicht wohin.“ Bitterer Kommentar von Laschka zum Vorgehen der Stadt. „Die Umstädter Elle ist durch das zweierlei Maß ersetzt worden.“



Mit einer Demonstration machte der BDP darauf aufmerksam, dass er künftig für seinen Raum im Jugendzentrum Miete bezahlen soll. Foto: Bernauer